

DOPPELHAUSHALT 2018 UND 2019

EINNAHMEN NUTZEN INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

VORSCHLÄGE FÜR EINE
SOZIAL GERECHTE POLITIK



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

Doppelhaushalt 2018 und 2019
Einnahmen nutzen
Investitionsstau auflösen

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90
Fax: 0611-350 60 91
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Web: linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.
Janine Wissler, MdL
Fraktionsvorsitzende

Coverfoto und Foto S. 37:
BillionPhotos.com | 84485734 | fotolia.com

Grafik und Satz | Hanna Hoeft
Redaktion | Uli Franke

Wiesbaden, April 2018

Inhalt

Vorwort	6
Bewertung des Landeshaushaltes 2018/19	8
Soziales – Arbeit	11
Bildung – Wissenschaft	17
Kulturförderung	20
Wirtschaft und Verkehr	21
Umwelt- und Klimaschutz, Verbraucherpolitik, Forst- und Landwirtschaft	23
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst	27
Recht	30
Tierschutz	32
Integration	33
Wohnen	36
Übersicht	38

Schwarzgrüner Doppelhaushalt 2018 und 2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Hessische Doppelhaushalt für 2018 und 2019 rechnet im Vergleich zu früheren Jahren mit hohen Einnahmen. Grund dafür ist die positive wirtschaftliche Entwicklung, die allerdings auch in Hessen bei vielen Menschen nicht ankommt. Hessen ist ein reiches Land, in dem viele Menschen in Armut leben müssen oder vom sozialen Abstieg bedroht sind.

Die Regierungsfractionen von CDU und Grüne nutzen die vorhandenen finanziellen Spielräume nicht, um drängende soziale und ökologische Probleme anzugehen. Oberstes Ziel schwarzgrüner Haushaltspolitik ist die Einhaltung der „Schwarzen Null“. CDU und Grüne verklären einen winzigen Schuldenabbau zum obersten Ziel einer vermeintlich generationengerechten Politik. Doch was soll daran gerecht oder zukunftsorientiert sein, wenn über Jahre in den Kommunen und im Land wichtige Investitionen in die Infrastruktur unterlassen und die öffentlichen Einrichtungen in unserem Land ihren Anforderungen nicht mehr gerecht werden? Auf diese Weise werden die Interessen nachfolgender Generationen genauso vernachlässigt wie die Bedürfnisse derer, die auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind – und das sind wir alle!

Währenddessen sind Steuererhöhungen für Menschen mit hohem Einkommen und großen Vermögen oder für Großkonzerne und Banken tabu. Bis heute weigert sich die Landesregierung, ihrer Einnahmeverantwortung (Art. 141 der Hessischen Verfassung) nachzukommen. Darauf könnte sie z. B. im Bundesrat durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Anhebung der Besteuerung großer Erbschaften hinarbeiten. Beides sind Steuern, die Hessen seine Handlungsfähigkeit zurückgeben würden.

Investieren statt kaputtsparen – Vorschläge für eine sozial gerechte Politik

DIE LINKE hat über 90 Änderungsanträge zum Landeshaushalt eingebracht. Diese sind ein Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen, Armut und Bildungsgerechtigkeit zu bekämpfen und drängende Investitionen u.a. in bezahlbaren Wohnraum, in den ÖPNV und in die Sanierung unserer Schulen in Angriff zu nehmen. Damit wollen wir unsere Schwerpunkte für einen sozialökologischen Umbau und einen politischen Richtungswechsel deutlich machen. DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag setzt dabei auf höhere Einnahmen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik. Allein eine moderate Besteuerung großer Vermögen würde Hessen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro bescheren. Eine substantielle Steuer auf große Erbschaften ergäbe nochmals 600 Millionen Euro.

Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten. Auf den folgenden Seiten finden Sie einen Überblick über die Schwerpunkte unserer Vorschläge. Im Hauptteil dieser Broschüre stellen wir Ihnen alle unsere Anträge in den verschiedenen Politikfeldern vor.



v.l.n.r.: Hermann Schaus, Jan Schalauske, Janine Wissler, Dr. Ulrich Wilken, Gabi Faulhaber und Marjana Schott | Foto: Hanna Hoeft

EINNAHMEN NUTZEN – INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag zum Doppelhaushalt 2018/19 umfassen ein milliardenschweres Investitionsprogramm. Sie finanzieren ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut, ein gerechtes Bildungssystem, eine sozial gerechte Wohnungspolitik, eine bezahlbare Energiewende sowie Maßnahmen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

Die schwarzgrüne Landesregierung hingegen unterlässt es, die finanziellen Spielräume zu nutzen, um endlich eine notwendige Kehrtwende bei den Investitionen einzuleiten. Mit immer neuen, viel zu kleinen Investitionsprogrammen, die teilweise lediglich Bundesprogramme ergänzen, löst Schwarzgrün den Investitionstau im Land und in den Kommunen nicht auf. Für Bildung, Energie- und Verkehrswende und auch im sozialen Bereich unterbleiben notwendige Ausgaben, etwa bei der Bekämpfung von Kinderarmut oder im Wohnungsbau. Hier zeigt sich gerade in Zeiten einer guten Konjunktur, wie schädlich die Schuldenbremse ist. Denn sie führt dazu, dass dringend anstehende öffentliche Aufgaben nicht erfüllt werden und die öffentliche Infrastruktur mehr und mehr verfällt. Gleichzeitig rächt sich, dass die Kommunen seit Jahren chronisch unterfinanziert und Investitionen den immer neuen Kürzungsrunden zum Opfer gefallen sind. Besonders bei den Schulgebäuden ist die Lage drängend. Zwar hat die Landesregierung im Rahmen von Sonderprogrammen bereits zusätzliche Mittel für Investitionen in Schulgebäude bereit gestellt – diese sind aber viel zu gering bemessen und allenfalls ein Trostpflaster. Das Sonderprogramm der Landesregierung würde nicht einmal ausreichen, um allein den Sanierungstau in Wiesbaden und Frankfurt aufzulösen. Die Höhe des Investitionsbedarfes ist bisher nicht bekannt und muss erhoben werden.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich, wo seit Jahrzehnten der Rotstift angesetzt wurde. Der soziale Wohnungsbau wurde über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind für immer neue Sondereuropfer herangezogen worden, um den Landeshaushalt zu sanieren. Die Beamtinnen und Beamten sind von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt – sie müssen die teilweise Rücknahme der 42-Stunden-Woche über geringere Einkommen selbst mitfinanzieren. Die Landesregierung weigert sich, für ein gerechtes Steuersystem einzutreten. Notwendig wäre, Menschen mit besonders hohem Einkommen und großen Vermögen, aber auch Großkonzerne und Banken endlich angemessener an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Nur wer die Superreichen und Großunternehmen stärker zur Kasse bittet und

damit für höhere Einnahmen der öffentlichen Hand sorgt, schafft die Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau unserer öffentlichen Infrastruktur.

Milliardenschweres Investitionsprogramm

DIE LINKE hat umfangreiche Änderungsanträge zum Landeshaushalt gestellt. Die fast 100 Anträge sind der Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen und unsere Schwerpunkte für einen echten Politikwechsel deutlich zu machen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag setzt auf Einnahmeverbesserungen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik, die in Hessen zu erheblich höheren Einnahmen führen würde. Allein eine moderate Vermögensbesteuerung würde Hessen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro bescheren. Mit den zusätzlichen Mitteln will DIE LINKE vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten und mit einem milliardenschweren Investitionsprogramm die Voraussetzung für ein gutes Leben für Alle in Hessen schaffen. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir fast fünf Milliarden Euro zusätzlich investieren. Dabei ist der Bedarf für den Schulbereich noch nicht vollständig absehbar, weil die Landesregierung sich weigert, diesen überhaupt zu erheben.



Foto: yacobchuk | 496025774 | istockphoto.com

Aktionsplan gegen Kinderarmut

DIE LINKE fordert ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut. Wir wollen die Kita-gebühren vollständig abschaffen, ein kostenfreies Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler einführen und für echte Lernmittelfreiheit sorgen. Damit werden gerade Eltern mit kleinen Einkommen besonders entlastet. Außerdem soll die Ursache für Kinderarmut bekämpft werden: die Armut allgemein. Dazu fordern wir zusätzliche Mittel für einen öffentlichen Beschäftigungssektor und die schnelle Finanzierung von zusätzlichen Maßnahmen im Sozialbereich.

Landesaktionsprogramme für Schulgebäude, Sportstätten und Schwimmbäder

Angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen wir auch, dass gerade die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden müssen. Sie brauchen deutlich mehr Mittel, um investieren zu können – das macht beispielsweise der erschreckende Zustand an vielen Schulgebäuden, Sportanlagen und Schwimmbädern deutlich. DIE LINKE will ein ‚Landesaktionsprogramm Schulgebäude-sanierung‘ initiieren sowie Programme zur Sanierung von Schwimmbädern und Sportstätten einrichten. Wir wollen die relativ günstige finanzielle Lage sowie zusätzliche Einnahmen nutzen, um endlich den Investitionsstau aufzulösen. Dafür plant DIE LINKE eine Investitionsoffensive bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Nachfolgende Generationen haben nichts von niedrigen Steuern auf Vermögen und Unternehmenserbschaften – schon gar nicht, wenn gleichzeitig die öffentliche Infrastruktur, Sportplätze und Schulgebäude verfallen und an allen Ecken und Enden Personal fehlt – ob in den Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten oder bei der Planung von Baumaßnahmen.



Foto: RickLordPhotography | 139963241 | istockphoto.com

Hinweis zu den folgenden Zahlenangaben: z.B. **-327 Mio. Euro** bedeutet, dass DIE LINKE diesen Betrag in dem jeweiligen Bereich investieren will. **+8.500 Tsd. Euro** bedeutet beispielsweise, dass DIE LINKE dieses Geld einsparen möchte.

Soziales – Arbeit

Qualität in den Kindertagesstätten erhöhen, Elternbeiträge abschaffen **2018: -327 Mio. Euro**
2019: -452,5 Mio. Euro

Im August 2018 werden keine Elternbeiträge für die Kinder ab drei Jahre bis zu sechs Stunden Betreuung pro Tag mehr erhoben. Dafür zahlt die Landesregierung den Kommunen eine Pauschale von 135,60 Euro pro Monat. Viele Kommunen legen dabei drauf und werden das Geld bei den Kosten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren aufschlagen bzw. die Qualität reduzieren.

DIE LINKE will die Abschaffung der Elternbeiträge für alle Kinder und die Betreuung am ganzen Tag. Die Kosten müssen vollständig von der Landesregierung übernommen werden. Gleichzeitig muss das Land den Kitas mehr Geld für Qualität zur Verfügung stellen. Wir brauchen mehr Personal zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Leitungskräfte sollen freigestellt und für die mittelbare pädagogische Arbeit sollen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Krankenhausfinanzierung verbessern **2018: -225 Mio. Euro**
2019: -235 Mio. Euro

In hessischen Krankenhäusern gibt es einen erheblichen Investitionsstau. Fehlende Investitionszuschüsse seitens des Landes sind ein wesentlicher Grund für die hohen Defizite bei etwa 40 Prozent der hessischen Krankenhäuser, die zu einem großen Teil aus den kommunalen Haushalten getragen werden müssen. Zusätzlich zwingt die Gesundheitspolitik der Bundes- und Landesregierung die Kliniken zu einem ruinösen Wettbewerb, der nur den großen, privaten Gesundheitskonzernen Vorteile bringt. Kleinere Kliniken im ländlichen Raum, oft auch in kommunaler Trägerschaft, bleiben auf der Strecke und müssen schließen. Investitionen werden häufig aus Mitteln getätigt, die für die gesundheitliche Versorgung und Verwaltung der Kliniken vorgesehen sind. Die Folge ist der Abbau von Personal, um Kosten zu senken. Dies führt zu Qualitätseinbußen – auch bei der Hygiene – und zu einem erhöhten Arbeitsdruck. So wird die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wie die Heilung der Kranken gefährdet. Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen ist es zunehmend schwierig, qualifizierte Pflegekräfte zu gewinnen.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, ihrer Aufgabe nachzukommen, indem sie Geld für die notwendigen Investitionen zur Verfügung stellt und für eine gute Versorgung mit Krankenhäusern in der Fläche sorgt. Dazu gehört auch eine wohnortnahe Geburtshilfe mit einer ausreichenden Anzahl von Hebammen.

Gegen Kinderarmut und für den Ausbau des sozialen Netzes

2018 und 2019 je: -11 Mio. Euro

Das Land muss den Kommunen mehr Mittel für soziale Hilfen zur Verfügung stellen. Folgende Arbeitsbereiche gilt es auf- und auszubauen:

Frühe Hilfen

Landkreise und Städte sollen mit den Fördergeldern die Frühen Hilfen vor Ort flächendeckend ausbauen. Dazu wird ein Besuchsdienst für alle Familien eingerichtet, die entweder mit kleinen Kindern zuziehen oder in denen Kinder geboren werden. Mit den Geldern können die vom Bund im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Verfügung gestellten Mittel aufgestockt werden.

Bekämpfung von Kinderarmut

Die Landesregierung entwickelt ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut. Die Auswirkungen von Armut auf Kinder werden identifiziert und es wird festgestellt, was erforderlich ist, um Kinder vor den Folgen von Armut zu schützen. Neben der erforderlichen Änderung von Bundesgesetzen sind Maßnahmepakete für Hessen mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Als Anschubfinanzierung sind für 2018 und 2019 jeweils fünf Millionen Euro vorgesehen.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Entsprechend Artikel 12 der Kinderrechtskonvention ist es erforderlich, auf der kommunalen Ebene, im Land und in den Schulen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auszubauen. Die Kommunen benötigen eine entsprechende finanzielle Ausstattung, um die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu garantieren. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet die Möglichkeit, demokratische Überzeugungen niedrigschwellig zu vermitteln und zu fördern.

Flächendeckender Ausbau von Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt

Überall in Hessen ist eine systematische, fachliche Beratung von Opfern von sexuellem Missbrauch erforderlich. Alle Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen hierfür sensibilisiert werden und benötigen eine Strategie für Fälle von sexualisierter Gewalt:

Betreuungsvereine

Die finanziellen Mittel für Betreuungsvereine müssen aufgestockt werden. Neue Betreuungsvereine müssen zugelassen werden.

Obdach- und Wohnungslosenhilfe

Die Zahl wohnungs- und obdachloser Menschen steigt enorm. Geschätzt werden 75.000 Betroffene in Hessen, eine Zunahme ist besonders bei Jugendlichen zu beobachten. Nicht nur in (groß)städtischen Bereichen ist die Hilfe für wohnungslose Menschen auszubauen. Sie leben in prekären Situationen, sie haben keine Möglichkeit, ihre persönliche Habe sicher unterzustellen, sie haben wenige Möglichkeiten, ihre primären Bedürfnisse, wie Ernährung, Hygiene und Kleidung zu befriedigen und sie sind gesundheitlich meist schlecht versorgt. Um dies zu ändern, muss mit den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen ein Programm zur Hilfe für obdachlose Menschen aufgebaut werden. Wir brauchen auch im ländlichen Raum Schlaf- und Wohnmöglichkeiten mit Treffpunkten am Tage. Dort gibt es Alltagshilfen, Unterstützung bei der Suche nach einer eigenen Wohnung und eine spezialisierte gesundheitliche Versorgung.

Beratung und Unterstützung von Prostituierten

Das Prostitutionsschutzgesetz wurde 2017 eingeführt ohne soziale und Ausstiegshilfen für Prostituierte anzubieten. Es ist ein flächendeckendes Angebot für Prostituierte zu schaffen, damit diese sich in sozialen Fragen beraten lassen können und Hilfen erhalten, wenn sie aus der Prostitution aussteigen wollen.

Suchthilfeprojekte

Für die Suchthilfe werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um Menschen mit Suchterkrankungen bei der Entwicklung einer Tagesstruktur zu unterstützen. Dazu sind auch niedrighschwellige Arbeitsprojekte erforderlich.

Qualitätsentwicklung und Ausbau der ambulanten Hilfen für psychisch kranke Menschen 2018 und 2019 je: -2,8 Mio. Euro

Eine gut organisierte und ausgebaute ambulante Infrastruktur kann häufig Krankenhausaufenthalte und die Unterbringung von Menschen mit psychischen Erkrankungen verhindern. Die sozialpsychiatrischen Dienste müssen in allen Kreisen und kreisfreien Städten ausgebaut, flächendeckende Krisendienste, die 24 Stunden zur Verfügung stehen, müssen aufgebaut werden. Dort soll Beratung und Unterstützung (Hausbesuche, niedrigschwellige Angebote, Hilfen für persönliches Umfeld, etc.) durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit und ohne eigene Psychiatrieerfahrung erfolgen.

Weiterhin soll die Landesregierung eine Qualitätsoffensive bezüglich der Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen eröffnen, damit Menschen mit psychischen Erkrankungen gut versorgt werden. Es wird eine wissenschaftliche Begleitung beauftragt, die im Bewusstsein der Psychiatriereform die Qualität der stationären und ambulanten Einrichtungen darauf hin überprüft, ob sie den Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen. Diese prüft, wie Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie verhindert werden können, inwiefern ambulante Versorgungskonzepte statt stationäre Versorgung und Unterbringung möglich sind, wie der Einsatz von Psychopharmaka gesenkt werden kann und wie im häuslichen Umfeld geeignete Unterstützungseinrichtungen geschaffen werden können. An dieser Qualitätsoffensive beteiligen sich alle Kliniken und ambulanten Einrichtungen in Hessen.



Foto: [Photographee.eu](https://www.fotolia.com/106227349/) | 106227349 | [fotolia.com](https://www.fotolia.com/)

Qualität der Altenpflegeausbildung sichern

2018: -3,3 Mio. Euro

2019: -5,85 Mio. Euro

Eine menschenwürdige Pflege älterer Menschen sollte eigentlich eine selbstverständliche Aufgabe des Landes sein. Der Hessische Pflegemonitor zeigt aber, dass im Jahr 2016 in Hessen 5860 Pflegefachkräfte gefehlt haben, um alle offenen Stellen zu besetzen. Von Seiten der Hessischen Landesregierung wird aber an der Ausbildung der Fachkräfte gespart.

DIE LINKE schlägt vor, den Haushaltsansatz für die Altenpflegesschulen auf einen durchschnittlichen Wert von 500 Euro pro Platz und Monat anzuheben. Diese Erhöhung ist insbesondere im Hinblick auf die neue Berufsordnung erforderlich. Die Altenpflegesschulen stehen vor der Herausforderung, sich bis 2020 so aufzustellen, dass sie die notwendigen Kooperationen mit den Krankenpflegeeinrichtungen eingehen können. 2019 steigt der Haushaltsansatz durch die Erhöhung der Pauschale pro Schülerin und Schüler und Monat auf 550 Euro und durch die wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Zusätzlich brauchen die Schulen finanzielle Mittel, damit sie in allgemeinbildenden Schulen, aber auch in anderen Einrichtungen über die Altenpflege informieren und somit weitere Interessierte für die Ausbildung gewinnen können.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

2018 und 2019: -10 Mio. Euro

In gemeinnützigen Sozialbetrieben werden zusätzliche, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitsplätze werden tariflich und existenzsichernd vergütet.

Die neuen Arbeitsplätze sollen mit Mitteln, die bisher zur Verwaltung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, finanziert werden. Die Arbeitslosen können nur an diesem Programm partizipieren, wenn sie freiwillig einen solchen Arbeitsplatz annehmen. Es dürfen keine Sanktionen ausgesprochen werden. Ein Teil des Geldes wird den Sozialbetrieben zur Anschubfinanzierung und für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt.

Unabhängige Erwerbslosenberatung

2018 und 2019: -800 Tsd. Euro

Die Komplexität der rechtlichen Regelungen, die häufigen Änderungen im SGB II und SGB III und die schwer verständlichen Bescheide führen dazu, dass sich Hilfeempfängerinnen und -empfänger wehrlos der Bürokratie ausgeliefert fühlen. Sie wissen oft nicht, welche Rechte und Möglichkeiten sie haben, wann eine Entscheidung anfechtbar ist und wann nicht. Da sie keine Möglichkeit haben, auf eigene Kosten Rechtsberatung einzuholen, kommt es zu Sanktionen,

Schulden, Wohnungsverlust, Energieabschaltungen und vielem mehr. Dies müsste in vielen Fällen nicht sein und so weit darf es nicht kommen.

Dafür ist die Unterstützung der in Hessen ansässigen und der noch zu entwickelnden flächendeckenden Erwerbslosenberatungs- und -unterstützungseinrichtungen erforderlich. Diese können die Betroffenen bei den Besuchen in den Ämtern begleiten. Unter Berücksichtigung des Rechtsberatungsgesetzes können Beratungen und praktische Hilfestellungen erfolgen. Wichtig ist für Erwerbslose der Austausch mit anderen und Kommunikationsmöglichkeiten zu haben, ohne etwas konsumieren zu müssen.

Teilhabekarte realisieren

2018: -760 Tsd. Euro

2019: -2 Mio. Euro

Eine solche Karte würde die ermäßigte Nutzung des Nahverkehrs sowie vergünstigte Besuche von Theatern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen ermöglichen. Bereits seit mehreren Haushaltsjahren stehen 100 Tsd. Euro zur Verfügung, um ein Konzept für die Einführung einer Teilhabekarte für Menschen mit niedrigen Einkommen zu erarbeiten. Bisher ist nichts passiert. Es wird allerdings mehr Geld gebraucht, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, mit dem Land, den Verkehrsbetrieben, den kommunalen Einrichtungen, Vereinen und Unternehmen Verhandlungen für eine Teilhabekarte zu führen.

Ombudsstelle Kinderrechte

2018 und 2019 je: -200 Tsd. Euro

Die Ombudsstelle Kinderrecht ist seit fünf Jahren in Hessen Anlaufpunkt, unabhängige Beratungsstelle und rechtliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche sowie für junge Erwachsene und ihre Familien, die rechtliche Informationen, insbesondere im Rahmen der Jugendhilfe, benötigen. Viele hessische Verbände und Einrichtungen engagieren sich, ein Verein wurde gegründet. Die Landesförderung ist erforderlich, um die UN-Kinderrechtskonvention umzusetzen, die fordert, Kindern und Jugendlichen eine Anlaufstelle zu geben, damit sie sich über ihre Rechte informieren und diese durchsetzen können.

Gehörlosen-Geld einführen

2018: -1,78 Mio. Euro

2019: -2 Mio. Euro

Das Land zahlt analog zum Blindengeld mit dem Gehörlosengeld eine Nachteilsausgleichszahlung für Gehörlose und stark Schwerhörige. Damit sollen Sonderbedarfe für Hörgeschädigte (Gebärdensprachdolmetscher, technische Mehrbedarfe, Assistenz, soweit sie nicht anderweitig sichergestellt ist, etc.)

finanziert werden. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Absenkung der Kommunikationsbarrieren zwischen den Hörgeschädigten und ihren Mitmenschen dar. Gleichzeitig wird damit dem Grundsatz der Gleichbehandlung Rechnung getragen. Insbesondere soll die Regelung Menschen mit einer doppelten Behinderung (Hör- und Seh-, meist auch Sprachbeeinträchtigung) Möglichkeiten der Teilhabe am täglichen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Bildung – Wissenschaft

Landesprogramm ‚Schulgebäudesanierung‘ **2018: -150 Tsd. Euro**
2019: -500 Mio. Euro

Landesweit ist die Schullandschaft vor allem durch eine Gemeinsamkeit geprägt: marode und dringend sanierungsbedürftige Schulgebäude und Schulsporthallen. Die Sanierungskosten können nicht allein von den Städten und Gemeinden bzw. den Schulträgern getragen werden. Ein landesweites Schulsanierungsprogramm ist dringend notwendig.

Um im Haushaltsjahr 2019 entsprechende Mittel einzustellen, wird zuerst ein Überblick über die entstehenden Kosten erarbeitet. Hierfür müssen eine Zustands- und Bedarfsanalyse erstellt werden. Dafür stehen im Haushaltsjahr 2018 150.000 Euro bereit. Für 2019 werden dann 450 Mio. zur Sanierung der Bildungsstätten zur Verfügung gestellt.

A13 für ALLE – gerechte Bezahlung **2018 und 2019 je: -75 Mio. Euro**
aller Lehrerinnen und Lehrer in Hessen

Das Grundschullehramt muss endlich genauso wie die Lehrämter in anderen Schulformen entlohnt werden. Die wertvolle Arbeit der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer darf durch die ungerechte Bezahlung nicht länger abgewertet werden.

Inklusives Schulsystem **2018 und 2019 je: -181,3 Mio. Euro**

Um ein tatsächlich inklusives Schulsystem zu schaffen, werden weitere 2.000 Lehrkräfte eingestellt. Zudem sind jeweils 250 Stellen für schulsozialarbeit und Schulpsychologie zu schaffen. Inklusion kann nur mit multiprofessionellen Teams und mit Doppelbesetzungen funktionieren.

Ganztagsschulen

2018: -167,8 Mio. Euro

2019: -176,8 Mio. Euro

Nach wie vor sind nur etwa ein Prozent aller hessischen Grundschulen echte Ganztagsschulen mit gebundener oder teilgebundener Konzeption. Für den tatsächlichen, flächendeckenden Ausbau echter Ganztagsschulen werden in einem ersten Schritt 2.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Statt des Pakts für den Nachmittag wird ein wirkliches schulisches Angebot in Kooperation mit Vereinen und Institutionen in rhythmisierter Form über den Schultag hinweg etabliert. Dazu sind aber zu den 700 neuen Stellen für Sozialarbeit, die von der Landesregierung im Haushalt 2018/2019 geschaffen werden, jeweils weitere 200 Stellen in den Jahren 2018 und 2019 zu schaffen.

Musikalische Bildung an Schulen – Projekt ‚ZusammenSpielMusik‘

2018 und 2019: -900 Tsd. Euro

Die musikalische Bildung an Schulen durch Projekte wie ‚JeKi‘ (Jedem Kind ein Instrument) muss langfristig gesichert und flächendeckend ausgebaut werden. Für viele Kinder sind diese Projekte die erste Annäherung an das Musizieren oder gar eine zwingende Voraussetzung, um an einer musikalischen Bildung teilnehmen zu können. Zusätzlich werden die Musikschulen mit zwei Millionen gefördert.

Versteckte Gebühren abschaffen – Lernmittelfreiheit sicherstellen

2018 und 2019 je: -12 Mio. Euro

Der Schulbesuch muss ohne zusätzliche Kosten für Lehr- und Lernmaterial ermöglicht werden. Wir fordern die Herstellung wirklicher Lehr- und Lernmittelfreiheit, das heißt, alle schulrelevanten Lehr- und Lernmaterialien werden den Kindern und Jugendlichen ohne Kosten zur Verfügung gestellt.

Lebenslanges Lernen

2018 und 2019 je: -3 Mio. Euro

Trotz des ersten hessischen Weiterbildungspakts und den damit in den Landshaushalt eingestellten Mitteln sind insbesondere die Alphabetisierung, die politische Bildung und die Sprachförderung geflüchteter Menschen mit jeweils einer Million zusätzlich zu fördern.

Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden **2018 und 2019 je: -160 Mio. Euro**

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zukommen zu lassen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen **2018 und 2019 je: -40 Mio. Euro**

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschul- Entwicklungs- und Umbauprogramm: Rund-Erneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen) fordern wir ein Programm zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

Kompetenzstelle Zivilklausel **2018 und 2019 je: -100 Tsd. Euro**

Mit der Schaffung einer Kompetenzstelle Zivilklausel soll den Forscherinnen und Forschern an den hessischen Hochschulen eine Beratungs- und Prüfstelle zur Verfügung gestellt werden, deren Aufgabe es ist, Forschungsprojekte auf ihre zivile und friedliche Ausrichtung hin zu überprüfen und den ‚dual use‘ auszuschließen.



Bildung für alle – statt Eliteschmieden für Privilegierte **2018 und 2019 je: +1,3 Mio. Euro**

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

Foto: Victor Moussa | 126905858 | fotolia.com

Kulturförderung

Museumsförderung an den tatsächlichen Bedarf anpassen

2018 und 2019 je: -1,18 Mio. Euro

Der Hessische Museumsverband übernimmt wesentliche Aufgabe, die in anderen Bundesländern von staatlichen Stellen geleistet werden. Dafür erhält er vom Land Hessen eine unzureichende finanzielle Förderung. Die Mittel für die Projektförderung der staatlichen und privaten Museen sollen entsprechend dem tatsächlichen Bedarf verdoppelt werden. Jugendkunstschulen, Künstlerinnen und Künstler und Kunstvereine sollen einen Ausgleich für die seit langem nicht angepasste Förderung erhalten.

Anpassung der Fördermittel für die Organisationen und Verbände in der Film-, Literatur- und Musikförderung

2018 und 2019 je: -2,6 Mio. Euro

Die Haushaltsmittel, mit denen die Verbände und Einrichtungen Leistungen für Kunst und Kultur in Hessen erbringen, sind zum Teil seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erhöht worden. Dieser schleichenden Aushöhlung der Förderung soll mit einer Anpassung entgegengewirkt werden.



Foto: rcfotostock | 187055595 | fotolia.com

Wirtschaft und Verkehr

ÖPNV ausbauen, günstiger und klimaneutral machen 2018: -80 Mio. Euro 2019: -90 Mio. Euro

Um die Klimaziele zu erreichen und Hessen vor dem Verkehrskollaps zu bewahren müssen Busse und Bahnen erheblich attraktiver werden, also besser und billiger. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist außerdem einer der größten Arbeitgeber im Land und bietet Mobilität gerade für junge Menschen und Senioren sowie für Menschen ohne PKW. Er leistet außerdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Senkung des verkehrsbedingten Abgasausstoßes.

Aber der ÖPNV in Hessen wird seit Jahren unzureichend finanziert. Im ländlichen Raum ist das Angebot kaum noch alltagstauglich. Für Investitionen und zur Förderung des laufenden Betriebs wollen wir je 40 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich einstellen. Diese Mittel sollen auch verwendet werden, um Fahrpreise zu senken und Machbarkeitsstudien für einen ‚ÖPNV-Nulltarif‘ zu finanzieren – sowie lokale Pilotprojekte für einen solchen ‚fahrcheinlosen‘ Nahverkehr anzustoßen.

Kostenloses Schülerticket für alle 2018: -62,5 Mio. Euro 2019: -150 Mio. Euro

Das neue hessenweite Schülerticket für Bus und Bahn ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, hat aber große Ungerechtigkeiten geschaffen. In manchen Städten ist der Weg zur Schule gegenüber den vorherigen Angeboten über 20 Prozent teurer geworden. Außerdem bekommen je nach Wohnort manche Schülerinnen und Schüler das Ticket kostenlos, andere müssen dafür bezahlen. Oberstufenschüler müssen immer bezahlen.

Wir möchten die Fahrkarte ab dem Schuljahr 2018/19 für alle Schülerinnen und Schüler in Hessen kostenlos machen. Die Kosten für den Schulweg dürfen niemanden vom Besuch der für ihn oder sie passenden Schule abhalten. Die freie Nutzung von Bus und Bahn ist außerdem ein wichtiger Beitrag zur Mobilität der jungen Menschen. Wir sehen das als einen weiteren Schritt zu unserem Ziel, einem ‚Nulltarif‘ für alle Menschen in Hessen.

Lärmschutz verbessern**2018 und 2019 je: -10 Mio. Euro**

Dort, wo die Lärmbelastung durch Straßen- und Flugverkehr sowie Bahnlärm nachweislich gesundheitsgefährdend ist, muss der Lärmschutz verbessert werden. Wir wollen mehr Geld in die Hand nehmen, um sofort Maßnahmen beispielsweise für die hochbelasteten Menschen im Rheintal oder an der Frankfurter Stadtautobahn A 661 beginnen zu können.

Überbetriebliche Ausbildung stärken ...**2018 und 2019 je: -1 Mio. Euro**

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbänden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Angesichts des chronischen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen wollen wir diese Initiativen ausbauen und mit Landesmitteln fördern.

... und Altbewerberförderung ausbauen**2018: -13,08 Mio. Euro****2019: -22,7 Mio. Euro**

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhöht werden. Die letzten Landesregierungen haben wiederholt die dafür vorgesehenen Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Betroffenen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landeshausalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

Entwicklungszusammenarbeit**2018 und 2019 je: -260,5 Tsd. Euro**

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen engagieren sich für die Entwicklungszusammenarbeit. Dabei geht es um drängende soziale und ökologische Anliegen, die Menschen in Entwicklungsländern, aber auch hier in Hessen unmittelbar betreffen. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Hessen hinkt hier weit hinterher. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, da Deutschland das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung weiter erheblich verfehlt.

Wirtschaftsförderung für Nordhessen**2018: -6,99 Mio. Euro****2019: -6,29 Mio. Euro**

Nordhessen braucht nachhaltige Initiativen zur Stärkung der Wirtschaftskraft, die an den Potenzialen der Region orientiert sind. Insbesondere der Tourismus- und Agrarbereich sowie die Stärkung innovativer kleiner und mittelständischer Unternehmen stehen im Fokus nachhaltiger Wirtschaftsförderung.

Gemeinsam mit lokalen Partnern sollen Zukunftsperspektiven für die Region Nordhessen erarbeitet werden und ab 2019 zur Verfügung stehen. Finanziert wird das Programm durch die Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz.

HOLM nicht weiter fördern

2018: +7,7 Mio. Euro

2019: +6,8 Mio. Euro

Das House of Logistics and Mobility in Frankfurt dient dem Interesse privatwirtschaftlicher Organisationen in der Industrie und im Hochschulbereich und sollte deshalb nicht aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Darüber hinaus hat sich das HOLM als hochgradig unwirtschaftlich erwiesen.

Umwelt- und Klimaschutz, Verbraucherpolitik, Forst- und Landwirtschaft

Die Klimaerwärmung muss deutlich unter zwei Grad gehalten werden! Klima- und Ressourcenschutz brauchen Investitionen. Allein zur Unterstützung der Kommunen bei der Energiewende wollen wir jährlich über **110 Mio. Euro** investieren.

Kommunen bei Klimawandel und Energiewende unterstützen

2018 und 2019 je: -30 Mio. Euro

Die Energieversorgung darf nicht wenigen Großkonzernen überlassen werden, denen es nur um Profite, aber nicht um den Klimaschutz geht. Die Wertschöpfung, vor allem aus der Windenergie, muss den Kommunen und den Menschen vor Ort zugutekommen. Es soll ein Landesprogramm zur Stärkung der Kommunen als Hauptträger der Energiewende und des Klimaschutzes in Hessen geschaffen werden.

Die Klimaschutzbeauftragte

2018 und 2019 je: -1,65 Mio. Euro

Obwohl Investitionen in Privathaushalte, öffentliche Gebäude und in Betrieben ökonomisch und ökologisch absolut sinnvoll wären, scheitern sie oft an fehlendem Überblick. Deshalb sollen in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt Energiebeauftragte beratend und unterstützend tätig werden. Sie unterstützen die Erarbeitung regionaler Energie- und Klimaschutzpläne und Privathaushalte und beraten die öffentliche Hand und Kleinbetriebe kostenlos.

Solaranlagen auf öffentlichen Dächern

2018 und 2019 je: -30 Mio. Euro

Die Energiewende muss auch auf hessischen Dächern stattfinden. Die meisten Gebäude in öffentlicher Nutzung sind noch nicht mit Photovoltaikanlagen zur

Stromerzeugung ausgestattet. Schulen, Krankenhäuser, Einrichtungen der kommunalen Verwaltung, Gerichte u.v.m. könnten einen Teil ihres Strombedarfs auf dem eigenen Dach erzeugen oder in das Netz einspeisen. Nach der Erstellung des Solar-Kataster ist jetzt die Umsetzung an der Reihe. Die Landesregierung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und in die solare Stromerzeugung auf selbst genutzten Gebäuden investieren. Neubauten sind so zu planen, dass eine Nutzung der Sonnenenergie möglich ist.

HessenForst muss Kommunen 2018 und 2019 je -2,04 Mio. Euro Flächen für die Windenergie pachtfrei zu Verfügung stellen

Dem Landesbetrieb HessenForst gehört ein Großteil der Waldflächen. Die hohe Pacht, die HessenForst für die Nutzung als Windenergieflächen verlangt, erschweren Investitionen und bremsen den Ausbau der für die Endkunden preiswerten Onshore-Windenergie in Hessen. Der Landesbetrieb HessenForst soll kommunalen Energiegenossenschaften, Kommunen und Landkreisen Waldflächen für die Windenergienutzung pachtfrei zu Verfügung stellen. Dadurch profitieren die Menschen doppelt: Vom Klimaschutz und von den Mehreinnahmen durch die Windkraftanlagen. Das schafft Akzeptanz sowie Arbeitsplätze und stärkt die Kommunalfinanzen.



Foto: Stephan Leyk | 13717253 | fotolia.com

**Klimaschutz und Stoffeffizienz in Klärwerken – 2018: -26 Mio. Euro
nachhaltigerer Umgang mit der endlichen Ressource 2019: -20 Mio. Euro
Phosphor ist dringend notwendig**

Die 720 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 Prozent des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Das liegt in der Größenordnung des Stromverbrauchs aller Schulen oder der Straßenbeleuchtung in Hessen. Durch eine Modernisierung der Anlagen ließe sich der Energieverbrauch zwischen 20 und 25 Prozent senken.

Zudem soll mit den 46 Mio. Euro auch die Stickstoff- bzw. Phosphorelimination in Klärwerken angeschoben werden. Die zusätzlichen Mittel sind insbesondere zum Aufbau von Anlagen zur Biovergasung, energetischen Optimierung der Infrastruktur sowie Phosphorfällung und Rückgewinnung einzusetzen.

**EU-Wasserrahmenrichtlinie, 2018 und 2019 je: -1,95 Mio. Euro
Biodiversitätsstrategie und Biotopverbund Natura 2000, Fischerei und
Landeslabore: überall fehlt gutes Personal**

Der Raubbau am Personal der letzten 14 Jahre hat zunehmend negative Folgen in der Naturschutzverwaltung, der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie oder der Biodiversitätsstrategie. Für den länderübergreifenden Biotopverbund Natura 2000 fehlen noch immer viele Pflegepläne. Überall fehlen für eine gute Umsetzung dieser Projekte des Umwelt- und Naturschutzes gut ausgebildete Menschen. In einem ersten Schritt werden 29 Projektentwickler und Naturschutzfachleute zusätzlich für die Umsetzung eingestellt. Zudem soll im Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) eine ‚Fachabteilung Fischerei‘ aufgebaut werden.

**Nachhaltiger Waldbau und 2018 und 2019 je: -10 Mio. Euro
Umweltbildung – Hessenforst braucht mehr Beschäftigte**

Der Stellenabbau nach der ‚Operation düstere Zukunft‘ 2003 hat zu höherem Arbeitsdruck bei stetig steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten geführt. Auch wird in den Forstbetrieben nicht genug ausgebildet. Försterinnen und Förster, Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und angestiegenen Anforderungen eines nachhaltigen Waldbaus nicht nachkommen. Für die Arbeiten im Forst sind deshalb 200 neue Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter einzustellen. Zusätzlich muss jeder Revierförsterei mindestens ein/e auszubildende/r Forstwirtschaftler/in zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen.

Verbraucherschutz und

2018 und 2019 je: -3,36 Mio. Euro

Lebensmittelüberwachung stärken – Verbraucherrechte ausweiten

Dem Verbraucherschutz wachsen stetig neue Aufgaben zu. Immer mehr Menschen haben Probleme und Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, Baukrediten und der Altersversorgung oder suchen unabhängige Informationen zum täglichen Einkauf. Zur Grundfinanzierung dieser Beratungstätigkeiten der Verbraucherschutzzentralen sind 50 Cent pro Einwohner*in wirklich nicht zu viel. Industrialisierung und Globalisierung der Lebensmittelproduktion erhöhen die Anforderungen an eine Überwachung unserer Nahrungsmittel stetig. Dies gilt für den Schutz des Saatguts vor genetischen Verunreinigungen genauso wie für Honigimporte und die notwendige intensive Kontrolle bei der Tierzucht (Veterinärwesen). Dafür braucht es mehr Personal und Sachmittel für Behörden wie zum Beispiel das Hessische Landeslabor.

Gesamtbelastungsstudie qualifizieren, 2018 und 2019 je: -845,5 Tsd. Euro umweltökonomische Bilanz erarbeiten

Stickoxide, Feinstaub, Lärm und Flächenfraß – das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human und Bio-Monitoring. Die Frage, wie viel uns das ungebremste Wachstum kostet, muss für den Frankfurter Flughafen und andere Großprojekte beantwortet werden. Das Human-Biomonitoring soll Teil der Umweltüberwachung werden und als Grundlage für eine raumverträgliche Flächennutzungsplanung sowie für Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmschG) dienen. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung soll ein solches Programm erarbeitet werden.

Wasserentnahmeentgeld

2018 und 2019 je: +70 Mio. Euro

Als umweltökonomisches Steuerungsinstrument ist die Einführung und Erhöhung verbrauchsabhängiger Abgaben auf Ressourcen prinzipiell zu begrüßen. Sie unterstützen den Schutz der natürlichen Ressourcen und fördern einen sparsamen Verbrauch. Zusammen mit einer geringeren Besteuerung von Arbeit sind sie ein Lenkungsinstrument für nachhaltige Ressourcennutzung sowie den sozial-ökologischen Umbau. Aus dem Wasserentnahmeentgeld sollen Projekte einer nachhaltigen und ökologischen Ressourcennutzung – die wiederum positive volkswirtschaftliche Effekte haben – sowie die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie finanziert werden.

Innenpolitik – Öffentlicher Dienst

Für Demokratie und Freiheit –

2018: +11 Mio. Euro

Nein zu Schnüffelstaat und Verfassungsschutz

2019: +12 Mio. Euro

Obwohl der hessische Geheimdienst jeglichen Nachweis einer ordentlichen Arbeit schuldig bleibt (siehe NSU-Komplex) und obwohl in vielen Bereichen der Rotstift regiert, wird der sogenannte ‚Verfassungsschutz‘ seit 2001 mit ständig neuen Mitteln und Ressourcen ausgestattet. Alleine 2016 und 2017 wurden 70 neue Stellen (+25 Prozent) und 31 Stellenhebungen (damals 10 Prozent des Personals) bewilligt. Seit 2006 wurden die Ressourcen etwa verdoppelt, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen, Justiz und Behörden der Rotstift regierte. 2018 bis 2019 soll das Geheimdienst-Budget nach dem Willen von CDU und Grünen abermals massiv steigen – und auch die Geheimdienst-Kompetenzen sollen massiv ausgebaut werden: Ohne Anklage, Ermittlungsverfahren oder parlamentarische Kontrolle könnten Computer heimlich mit sogenannten Trojanern bespielt, sämtliche Daten gelesen und geändert sowie Kameras und Mikros von außen angezapft werden.

Die Geheimdienste sind bundesweit durch unentwegte Skandale in Erscheinung getreten. Es kann nicht sein, dass ohne Fehlereinsicht, ohne wirksame Stärkung der parlamentarischen Kontrolle und ohne eine Veränderung in der Zusammenarbeit mit V-Leuten das Budget und die Kompetenzen ins Unermessliche steigen. Wir wollen den Inlandsgeheimdienst ‚Verfassungsschutz‘ Schritt für



Foto: phonlamaipfoto | 120480742 | fotolia.com

Schritt zurückbauen, zunächst durch eine Rückführung der Mittel auf das Niveau von 2006. Freiwerdende Mittel sollen unter anderem in Präventionsprogramme gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit fließen.

**Neofaschismus bekämpfen – 2018 und 2019 je: -2 Mio. Euro
zivilgesellschaftliches Engagement fördern**

Hass, Gewalt, Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen insbesondere durch Rechtspopulismus, Rassismus und Islamismus dramatisch zu. Rechte Straf- und Gewalttaten sind massiv angestiegen und die Präventionsarbeit gegen Islamismus stellen eine große Aufgabe dar. Es ist richtig und wichtig, dass die Landesregierung endlich eigene Landesmittel für Programme gegen Radikalisierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie für das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus zur Verfügung stellt bzw. schnell aufgestockt hat. Dennoch reicht das Geld weiterhin nicht aus, um den massiven Anforderungen annähernd gerecht zu werden. Aus den Kürzungen für den Verfassungsschutz wollen wir die Mittel für die Prävention um zwei Millionen Euro aufstocken.

Hessen braucht keinen Abschiebeknast 2018 und 2019 je: +5,5 Mio. Euro

Nachdem Hessen bislang sieben Plätze einer Abschiebehaftanstalt in Ingelheim (Rheinland-Pfalz) nutzt, wollen CDU und Grüne nun eine eigene hessische Abschiebehaftanstalt mit 50 Plätzen (!) bauen. Eingeplant sind alleine jährliche Betriebskosten in Höhe von 5,5 Millionen Euro. Aber Abschiebehaft, also Gefängnis ohne das Vorliegen eines Verbrechens, ist eine unverhältnismäßige Maßnahme. Geplant ist sogar die Inhaftierung von Familien. Diese Kosten wollen wir einsparen.

**Flüchtlinge unterstützen – 2018 und 2019 je: +9,18 Mio. Euro
Abschiebungen in Krisen- und Kriegsgebiete stoppen!**

7.800 Flüchtlinge mussten 2016 Hessen verlassen, 1.717 von ihnen wurden abgeschoben, auch in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan. Mehr als 6.100 Personen gingen durch angeblich freiwillige Ausreise, wobei diese stets unter der Androhung der zwanghaften Rückführung erfolgen. Spielräume zur Gewährung von Bleiberecht werden nicht im ausreichenden Umfang genutzt. Mittel, die für Abschiebungen verwendet werden, fehlen dann an anderer Stelle, etwa bei der Sprachförderung oder der Unterstützung beim Arbeitsmarktzugang. Die Kosten für zusätzliche Stellen und für ‚freiwillige‘ Ausreisen und Abschiebungen bei den Regierungspräsidien wollen wir streichen.

Privatisierungen und PPP-Projekte 2018 und 2019 je: +4 Mio. Euro stoppen – Wirtschaft und Kommunen demokratisieren!

Die Strategie von Roland Koch, Hessen in ein ‚Musterland der Privatisierung‘ zu verwandeln, ist krachend gescheitert. Insbesondere Private-Public-Partnership Projekte (PPP) führten zu massiven Verteuerungen und Belastungen öffentlicher Haushalte und entziehen sich jeglicher nachträglichen Steuerung und öffentlicher Kontrolle. Deshalb wollen wir das ‚PPP Kompetenzzentrum‘ der Landesregierung endlich in ein ‚Beratungszentrum für Rekommunalisierung‘ umwandeln.

Hessens Regionen und öffentliche 2018 und 2019 je: -360 Tsd. Euro Infrastruktur stärken

Von Gesundheit über Energie bis zur Mobilität: Die Kommunen und Menschen vor Ort brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur in kommunaler Selbstverwaltung, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt sollen in Hessen im Mittelpunkt stehen. Das Land Hessen soll die Kommunen deshalb mit dem ‚Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung‘ qualifiziert beraten. So können Kommunen klären, ob sie z.B. ihre Energie- und Wasserversorgung oder Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen wieder zurückholen oder ausbauen wollen.

Schwimmbäder erhalten und sanieren 2018 und 2019 je: -25 Mio. Euro

Schwimmbäder sind wichtige Einrichtungen in den Kommunen. Sie stellen nicht nur ein Freizeitangebot dar, sondern dienen auch dazu, dass Kinder in der Grundschule schwimmen lernen können. Damit die bestehenden Schwimmbäder erhalten und ausgebaut werden können, benötigen die Kommunen finanzielle Unterstützung durch das Land. Mit unserem mehrjährigen Sonderprogramm gehen wir über die Pläne von Schwarz-Grün hinaus. Wir wollen dazu beitragen, dass sowohl notwendige Sanierungen stattfinden als auch Zuschüsse zu Betriebskostendefiziten geleistet werden können.

Sportstätten erhalten und sanieren 2018 und 2019 je: -25 Mio. Euro

Die Kommunen oder Sportvereine können immer mehr Sportplätze und Sporthallen nicht mehr alleine unterhalten oder sanieren. Sie sind aber eine wichtige Grundlage des Breitensports und wichtig für die Gesundheitsförderung und das Vereinsleben. Damit die bestehenden Einrichtungen erhalten und saniert werden können, benötigen die Städte und Gemeinden finanzielle Unterstützung durch das Land. Dazu soll ein mehrjähriges Sonderprogramm aufgelegt werden.

Mehr Investitionen in Städten, Kreisen und Gemeinden

2018 und 2019 je: -200 Mio. Euro

In unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden wird aufgrund der strikten Haushaltspolitik des Landes, wegen der Schuldenbremse und dem sogenannten Schutzschirm immer weniger investiert. Notwendige Neubauten und sogar die Sanierung von Schulen, öffentlichen Gebäuden oder Straßen werden aufgrund fehlender Gelder immer öfter verschoben oder ganz gestrichen. Seit 2011 kürzt das Land Hessen den kommunalen Finanzausgleich jährlich um viele Millionen Euro. Dieses Geld wollen wir den Kommunen für notwendige Investitionen, über die sie selbst entscheiden, wieder geben.

Recht

Stärkung des Rechtssprechungspotentials: Mehr Stellen im nicht-richterlichen Dienst

2018 und 2019 je: -6,5 Mio. Euro

Wir fordern die Schaffung von 124 Stellen im nicht-richterlichen Dienst, denn die Serviceabteilungen und Sekretariate sind von früheren Stellenabbauprogrammen noch immer besonders betroffen. Sozial-, Verwaltungs- und auch die ordentliche Gerichtsbarkeit arbeiten so zum Teil am Limit.

Das führt zu Überlastungen und verlängerten Bearbeitungszeiten. Nicht nur die Richterinnen und Richter sind auf die Arbeit aus den Geschäftsstellen angewiesen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger müssen Ansprechpartner bei den Gerichten haben, die zeitnah – mündlich oder schriftlich – Auskünfte erteilen.

Pilotprojekt Resozialisierung durch Digitalisierung

**2018: -260 Tsd. Euro
2019: -160 Tsd. Euro**

In den Justizvollzugsanstalten gibt es keinen Internetzugang für Gefangene. Hier werden noch handschriftlich Briefe verfasst. Dabei bietet das Internet für die Resozialisierung große Chancen. Per E-Mail oder Videotelefonie können soziale Kontakte besser gepflegt, online können Bildungsangebote wahrgenommen werden. Wir wollen ein Pilotprojekt in einer Anstalt finanzieren.

10 Prozent mehr Stellen im Strafvollzug für konsequente Resozialisierung der Inhaftierten

2018: 10,8 Mio. Euro

2019: 10,9 Mio. Euro

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft. Diese setzt auch die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der Justizvollzugsanstalt (JVA), als auch – und vor allem – durch die Inhaftierten selbst. Um beides in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Im Übrigen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Inhaftierten.

Die deutliche Überlastung der Bediensteten wird durch den hohen Krankenstand von mehr als 10 Prozent angezeigt. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, muss das Personal entsprechend aufgestockt werden. Der Stellenaufbau für die Stärkung der inneren Sicherheit hingegen führt zu keiner Verbesserung, sondern macht das Stellendefizit in den JVAs noch eklatanter.



Foto: fd-styles | 81260417 | fotolia.com

Tierschutz

Konsequente Förderung des Tierschutzes

2018 und 2019 je: -150 Tsd. Euro

Engagement im Tierschutz muss auch finanziell honoriert werden: Forschung, die standardisierte Verfahren ohne Tierversuche entwickelt, braucht stabile Förderung. Die Arbeit der Tierschutzvereine soll als öffentliche Aufgabe abgesichert werden. Auf Antrag können ihnen zusätzliche Mittel bewilligt werden, um Tierheime instand zu halten und besondere Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören die Resozialisierung verhaltensauffälliger Hunde und die Versorgung von Fundtieren und verletzter Wildtiere.



Foto: [Photographee.eu](https://www.fotolia.com/164285651/) | 164285651 | [fotolia.com](https://www.fotolia.com/)

Integration

Orientierung und Begleitung **2018 und 2019 je: -2,6 Mio. Euro** **für Geflüchtete – landesweit Beratungsstrukturen schaffen**

Geflüchtete benötigen Orientierung und Begleitung. Sie sind auf Beratung bei psychosozialen Problemen, im Zusammenhang mit sozialleistungsrechtlichen Fragestellungen, bei der Familienzusammenführung oder beim Zugang zum Arbeitsmarkt angewiesen. Wir wollen diese oftmals von Ehrenamtlichen geleistete Tätigkeit auf eine professionelle Basis stellen. Daher müssen die finanziellen Voraussetzungen für eine landesweite Struktur einer Flüchtlingsberatung geschaffen werden, so dass in jeder der 26 hessischen Gebietskörperschaften Beratung erfolgen kann.

Unabhängige Asylverfahrensberatung **2018 und 2019 je: -1 Mio. Euro** **in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung und ihren Außenstellen**

Geflüchtete müssen mit der komplizierten Materie des Asylrechts und des Aufenthaltsrechts zurechtkommen. Mit den Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Monate wurden drakonische Sanktionsmechanismen und rechtsstaatlich zweifelhafte Rechtsmittelfristen eingeführt. Wir meinen, dass eine gute juristische Beratung elementar ist für Menschen, die Abschiebung in Krieg und Folter riskieren. Daher fordern wir Mittel für eine unabhängige Asylverfahrensberatung in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen und den ihnen zugeordneten Außenstellen.



Foto: Stockwerk-Fotodesign | 120511662 | fotolia.com

Gebührenfreie Deutschkurse unabhängig vom Aufenthaltstatus

2018 und 2019 je: -2,4 Mio. Euro

Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete sollen diskriminierungs- und gebührenfrei Deutschkurse besuchen können. An den inzwischen kostenpflichtigen Integrationskursen können Asylsuchende nur dann teilnehmen, wenn noch Plätze vorhanden sind und ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Flüchtlinge aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten sind von den Kursen ausgeschlossen. Wir wollen, dass alle, die Deutsch lernen wollen, dies auch können, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben.

Regionale Antidiskriminierungsstellen schaffen und Rechtshilfefonds einrichten

2018 und 2019 je: -900 Tsd. Euro

Drei unabhängige und regionale Beratungsstellen sollen für Betroffene einen einfachen Zugang zur Antidiskriminierungsberatung ermöglichen. Zu einem effektiven Diskriminierungsschutz in Hessen gehört auch die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung. Die Beratungsstellen sollen helfen, die Vielschichtigkeit von Diskriminierungen aufzuzeigen und zu deren Abbau beizutragen. Zwar hat das Land eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet. Wir meinen aber, dass diese Stelle wegen der personellen Unterbesetzung und der fehlenden Unabhängigkeit nicht ausreichen wird, den vielfältigen Formen von Diskriminierung effektiv zu begegnen.

Kein Geld für Abschiebungen und Abschiebeknast!

2018 und 2019 je: +14,7 Mio. Euro

Abschiebeknäste und Abschiebungen – insbesondere in Kriegsgebiete – lehnen wir ab. Statt in eine rücksichtslose Abschieblogistik wollen wir in menschenwürdige Aufnahmestrukturen investieren. Das neue hessische Abschiebegefängnis in Darmstadt wollen wir wieder schließen. Denn das Fehlen eines Aufenthaltstitels ist für uns kein Grund, Menschen einzusperren.

Herkunftssprachlichen Unterricht aufwerten und ausbauen

2018 und 2019 je: -22,4 Mio. Euro

Der Herkunftssprachliche Unterricht in den Sprachen der ehemaligen Anwerbestaaten von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten fristet in Hessen ein stiefmütterliches Dasein. Seit dem Schuljahr 1999/2000 werden auslaufende Lehrerstellen nicht mehr durch Landesbedienstete, sondern durch von den Konsulaten vermittelte Lehrkräfte aus den jeweiligen Ländern ersetzt. Dabei spielt der Herkunftssprachliche Unterricht in Fragen der kindlichen Identitäts- und Sprachbildung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir wollen daher, dass

dieses Angebot aufgewertet und ausgebaut wird. Der Herkunftssprachliche Unterricht muss wieder vollständig zurück in die Zuständigkeit des Landes.

Lehrkräfte im Bereich

2018 und 2019 je: -6,7 Mio. Euro

Multilingualität qualifizieren

Schulklassen sind heutzutage sprachlich sehr heterogen. Das Lehrpersonal aber ist oftmals nicht angemessen auf den Unterricht von multilingualer Schülerschaft vorbereitet. Wir meinen, dass Sprachförderung nicht nur alleinige Aufgabe der Deutschdidaktik sein kann. Alle Lehrkräfte benötigen methodisch-didaktische Kompetenzen im Umgang mit sprachlich heterogener Schülerschaft. Hierzu muss die Hessische Lehrkräfteakademie Aus- und Fortbildungsangebote anbieten.

Schulen für Flüchtlingsaufnahme besser personell ausstatten

2018 und 2019 je: -96,4 Mio. Euro

Etwa 40 Prozent der Geflüchteten sind Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Schulen müssen für die Bewältigung dieser Aufgabe besser ausgestattet werden. Die von der Landesregierung vorgesehenen 1.100 zusätzlichen Lehrerstellen werden nicht ausreichen. Wir gehen davon aus, dass zusätzlich 1.400 reguläre Stellen benötigt werden, davon 900 für Lehrkräfte, sowie – speziell für die Bedürfnisse geflüchteter Schülerinnen und Schüler – 250 für Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie 250 für Traumatherapeutinnen und -therapeuten.



Foto: Photographee.eu | 164285651 | fotolia.com

Wohnen ist ein Menschenrecht

Sozialwohnungsbestand deutlich ausweiten

2018: -30 Mio. Euro

2019: -60 Mio. Euro

Die rückläufige Entwicklung der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen setzt sich auch unter schwarz-grün in Hessen unvermittelt fort. In der Zeit von Ende 2013 bis Ende 2016 sank die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen von knapp 113.000 auf nur noch etwas mehr als 93.000. Ein Rückgang von 20.000 Wohneinheiten innerhalb von drei Jahren. Gegenüber dem Stand von 1991 mit rund 205.000 Wohneinheiten hat sich der Bestand damit inzwischen mehr als halbiert. Tendenz: Bestand weiter fallend. Seit Jahren fordert DIE LINKE deshalb, deutlich mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und für die Wohnraumversorgung Studierender bereit zu stellen. Der Bestand an Wohneinheiten für studentische Nutzung in Hessen soll jährlich um 2.000 Einheiten erhöht, der Neubau studentischen Wohnraums soll aus Landesmitteln mit 20.000 Euro je Einheit gefördert werden. Um den langjährigen Rückgang an Sozialwohnungen umzukehren und zukünftig den Bestand wieder zu steigern, stellt das Land Hessen Mittel zur Verfügung, um 10.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr errichten zu können. Darüber hinaus muss den Kommunen bei der Suche nach geeignetem Bauland geholfen werden. Dies kann durch die landeseigene Nassauische Heimstätte nicht aus dem ‚allgemeinen Geschäftsbetrieb‘ heraus nebenbei erledigt werden. Wir brauchen für die notwendigen Verstärkung wohnungspolitischer Aktivitäten in den Städten und Gemeinden eine Koordinationsstelle auf Landesebene.

Angemessenen Wohnraum für Studierende schaffen

2018 und 2019 je: -40 Mio. Euro

Auch für die wachsende Zahl von Studierenden gibt es nicht ausreichend angemessenen Wohnraum. Gerade einmal für etwa sechs Prozent der fast 260.200 Studierenden in Hessen stehen Wohnheimplätze zur Verfügung. Damit rangiert Hessen im Bundesvergleich weiterhin auf einem der letzten Plätze bei der Versorgung von Wohnraum für Studierende. Dieser unhaltbaren Situation wollen wir mit einem Förderprogramm zur Verbesserung der Wohnsituation für Studierende begegnen. Jährlich sollen 2.000 zusätzliche Studierendenwohnungen – den heutigen Standards entsprechend – gebaut werden. Ebenso wie bei den Sozialwohnungen kann es sich hierbei auch um Umbau von leer stehenden Büros handeln.

**Übersicht der Themenbereiche zu Investitionen,
Mehreinnahmen, Einsparungen und Ergebnis**

DOPPELHAUSHALT 2018 UND 2019

EINNAHMEN NUTZEN INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

VORSCHLÄGE FÜR EINE
SOZIAL GERECHTE POLITIK



Investitionsprogramm: Wohnen, Soziales, ÖPNV und Kommunen	2018	2019	
			2020
Förderung des sozialen Wohnungsbaus (10.000)	-30.000,0	-60.000,0	-80.000,0
Förderung des studentischen Wohnraums (2.000)	-40.000,0	-40.000,0	-40.000,0
Krankenhausinvestitionen	-225.000,0	-235.000,0	-250.000,0
ÖPNV Infrastrukturförderung	-40.000,0	-50.000,0	-60.000,0
Landesaktionsprogramm ‚Schulgebäudesanierung 2018+‘	-150,0	-50.000,0	-100.000,0
Stärkung kommunaler Investitionen	-200.000,0	-200.000,0	-200.000,0
Schwimmbaderhaltungsprogramm	-25.000,0	-25.000,0	-25.000,0
Sportstättenprogramm	-25.000,0	-25.000,0	-25.000,0
Energetische Sanierung von Kläranlagen	-26.000,0	-20.000,0	-20.000,0
Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	-6.990,0	-6.296,0	-6.500,0
Summe	-618.140,0	-711.296,0	-806.500,0

Beantragte zusätzliche Investitionen insgesamt 2018+2019 ff.	1.785.732,0
allein 2018	618.140,0
allein 2019	711.296,0
Folgejahre schon geplant	456.296,0

in tsd. Euro

Investitionen bis zum Ende der nächsten Legislatur	
bei Fortführung bis 2023	4.755.436
zusätzlich weiterer Bedarf Schulgebäudesanierung ab 2020	

in tsd. Euro

Fortführung			Summe
2021	2022	2023	2018-23
-100.000,0	-120.000,0	-140.000,0	-530.000,0
-40.000,0	-40.000,0	-40.000,0	-240.000,0
-250.000,0	-250.000,0	-250.000,0	-1.460.000,0
-70.000,0	-70.000,0	-70.000,0	-360.000,0
-100.000,0	-100.000,0	-150.000,0	-500.150,0
-200.000,0	-200.000,0	-200.000,0	-1.200.000,0
-25.000,0	-25.000,0	-25.000,0	-150.000,0
-25.000,0	-25.000,0	-25.000,0	-150.000,0
-20.000,0	-20.000,0	-20.000,0	-126.000,0
-6.500,0	-6.500,0	-6.500,0	-39.286,0
-836.500,0	-856.500,0	-926.500,0	-4.755.436,0

in tsd. Euro

Bildung	2018	2019
Inklusives Schulsystem (2.000 Lehrer; je 250 Schulpsychologen & Sozialarbeiter)	-181.300,0	-181.300,0
Ganztagschulen (2.000 Lehrer; je 200 Sozialarbeiter in 18 und 19)	-167.800,0	-176.800,0
Schulen für Flüchtlingsaufnahme personell ausstatten (900 Lehrer; 250 Sozialarbeiter und 250 Traumatherapeuthen)	-96.500,0	-96.500,0
A13 für Alle	-75.000,0	-75.000,0
Herkunftssprachlicher Unterricht	-22.400,0	-22.400,0
Berufliche Schulen	-20.380,0	-20.380,0
Lernmittelfreiheit	-12.000,0	-12.000,0
Schulverantwortliche Multilingualität	-6.749,0	-6.749,0
Lebenslanges Lernen	-3.000,0	-3.000,0
Lehrkräfte auf Mehrsprachigkeit vorbereiten	-1.000,0	-1.000,0
ZusammenSpielMusik	-900,0	-900,0
Summe	-587.029,0	-596.029,0

in tsd. Euro

Aktionsprogramm gegen Kinderarmut	2018	2019
Konnexitätsgerechter Ausgleich Kinderbetreuung	-327.000,0	-452.500,0
<i>Gebührenfreie Kitas Höhere Pauschalen für Betriebskosten</i>		
Schülerticket	-70.000,0	-150.000,0
Öffentlicher Beschäftigungssektor	-10.000,0	-10.000,0
Lernmittelfreiheit	-12.000,0	-12.000,0
Kommunalisierung sozialer Hilfen	-8.000,0	-8.000,0
<i>Frühe Hilfen Spezielles Programm Kinderarmut: damit sollen die Handlungsbereiche geklärt werden und kleinere Maßnahmen sofort finanziert werden.</i>		
Teilhabeakte ausbauen	-760,0	-2.000,0
Schulobstprogramm	-500	-500
Unabhängige Erwerbslosenberatung	-800	-800
Ombudsstelle Kinderrechte	-200,0	-200,0
Summe	-429.260,0	-636.000,0

in tsd. Euro

Energie, Umwelt, Klimaschutz	2018	2019 VE
Solaranlagen auf öffentlichen Dächern	-30.000,0	-30.000,0
Energetische Sanierung von Kläranlagen	-26.000,0	-20.000,0
Hessen-Forst	-10.000,0	-10.000,0
pachtfreie Flächen für Windenergie	-2.040,0	-2.040,0
Klimaschutzbeauftragte	-1.651,2	-1.651,2
NATURA 2000	-1.347,1	-1.347,1
Umsetzung der WRRL und der Hessischen Biodiversitätsstrategie	-500,0	-500,0
Zwischensumme	-71.538,3	-65.538,3
Summe	-71.538,3	-65.538,3

in tsd. Euro

Mehreinnahmen	2018	2019
Vermögensteuer	1.500.000,0	1.500.000,0
Erbschaftsteuer	600.000,0	600.000,0
Wassercent	70.000,0	70.000,0
Summe	2.170.000,0	2.170.000,0

in tsd. Euro

Einsparungen	2018	2019
Zinsen	25.000,0	28.000,0
Verfassungsschutz	11.000,0	12.000,0
keine Abschreibungen	9.182,0	9.182,0
HOLM	7.684,0	6.844,0
Kassel-Calden	6.740,0	6.296,0
Kein Abschiebeknast	5.500,0	5.500,0
Stärkung der Resozialisierung	5.500,0	5.500,0
Repräsentation beim Bund	4.668,0	4.673,6
Verzicht auf PPP	4.000,0	4.000,0
EBS	1.319,0	1.319,0
Stärkung der Resozialisierung im Jugendvollzug	1.200,0	1.200,0
Abschaffung der zentralen Lernstandserhebung	700,0	700,0
Landesbeauftragter Heimatvertriebene	12,0	12,0
Summe	82.505,0	85.226,6

in tsd. Euro

Ergebnis	2018	2019
Mehreinnahmen	2.170.000,0	2.170.000,0
Einsparungen	82.505,0	85.226,6
Mehrausgaben	2.122.180,0	2.353.615,5
Ergebnis	130.325,0	-98.388,9
Rücklage	130.325,0	-98.388,9

in tsd. Euro

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 350 60 90

Fax: 0611 350 60 91

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de



linksfraktion-hessen.de



twitter.com/LinkeLTGHessen



facebook.com/linksfraktion.hessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG